**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/4423**

26. 04. 89

# Entschließungsantrag

## der Abgeordneten Frau Vennegerts und der Fraktion DIE GRÜNEN

## zur Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Regierungsarbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung des Bundeskartellamts, die geplante Beteiligung von Daimler-Benz an MBB zu untersagen.

2. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß das Bundeskartellamt die von der Bundesregierung zugunsten der Daimler/MBB-Fusion vorgetragenen Annahmen und Behauptungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht widerlegt hat.

3. Sollte von Daimler-Benz der Antrag auf Erteilung einer Minister-Erlaubnis gestellt werden (§ 24 Abs. 3 GWB), fordert der Deutsche Bundestag den Bundeswirtschaftsminister auf, keine Sondergenehmigung zu erteilen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die an MBB beteiligten Gesellschafter, insbesondere die Länder-Gesellschafter Bayern, Bremen und Hamburg, auf, ihre Gesellschafterrechte dahin gehend auszuüben, daß ein Anteilserwerb durch Daimler-Benz ausgeschlossen wird.

5. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß es notwendig wäre, daß der Aufsichtsratsvorsitzende von MBB unverzüglich eine Sitzung des Aufsichtsrats einberuft mit dem Ziel, den im Dezember 1988 gefaßten zustimmenden Beschluß einer Beteiligung von Daimler an MBB zu revidieren. Die Geschäftsführung von MBB soll aufgefordert werden, alle Verhandlungen über eine Beteiligung von Daimler-Benz sofort abzubrechen.

Bonn, den 26. April 1989

**Frau Vennegerts**
**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**

### Begründung

**Zu 1.**

Durch die Fusion von Daimler/MBB kommt es zu einer völligen Verschmelzung der Interessen des Unternehmens mit den Interes-

sen des Staates. Es entsteht zum ersten Mal ein militärisch-industrieller Komplex mit unvertretbar starkem politischen Einfluß. Das „Rüstungsmonopol" Daimler/MBB wird über erhöhte politische Macht verfügen, um in Zukunft nach Belieben weitere Rüstungsaufträge oder zusätzliche Subventionszahlungen zu Lasten der Steuerzahler zu bewirken. Die Politik darf nicht zu einem Spielball eines nicht mehr kontrollierbaren militärisch-industriellen Komplexes werden.

**Zu 2.**

Es ist pure Illusion zu glauben, daß die bestehenden Subventionszusagen eine Garantie für die Beendigung aller Subventionen ab dem Jahr 2000 wären. Sollte der Dollar-Kurs absacken oder Absatzschwierigkeiten eintreten, wird Daimler-Benz Nachforderungen stellen, und bei Nichterfüllung mit dem Ausstieg drohen. Wenn der Mammutkonzern Daimler/MBB im Jahr 2000 neue Subventionsforderungen für den Airbus oder für Rüstungsprojekte stellt, und gleichzeitig mit Massenentlassungen droht, dann steht das Parlament noch mehr unter dem Druck als heute.

Finanzpolitisch wird die Fusion auf eine Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste hinauslaufen. Notwendig wäre eine vollständige Regelung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Daimler-Benz/MBB über die exakte Erfassung aller Gewinne aus nicht-ziviler Produktion. Hinzukommen müßte eine ständige Kontrolle der Gewinnberechnung bei der Firma MBB durch den Bundesrechnungshof.

Friedenspolitisch bedrohlich ist die Fusion, weil mit ihr eine machtvolle Kraft gegen den Abrüstungsprozeß geschaffen wird. In einer Phase der weltweiten Entspannung und an der Schwelle zur Abrüstung in Ost und West scheint die Schaffung eines Superkonzerns mit marktbeherrschender Stellung in der Rüstung auf nationaler Ebene abwegig.

Wirtschaftspolitisch ist die Fusion gleichfalls nicht zu verantworten. Die in den Sonntagsreden von CDU, CSU und FDP immer wieder beschworenen hehren Prinzipien der Marktwirtschaft, ihre Bekenntnisse zu Wettbewerb und Mittelstand, erweisen sich jetzt endgültig als hohle Phrasen.

**Zu 3.**

Es ist nicht vorstellbar, daß die Entstehung einer derartigen Machtkonzentration durch „gesamtwirtschaftliche Vorteile" oder ein „überragendes Interesse der Allgemeinheit" gerechtfertigt sein könnte, denn durch den geplanten Zusammenschluß würde mit staatlicher Hilfe ein Industriekonzern entstehen,

- der mit Abstand die größte Umsatz- und Ressourcenstärke deutscher Unternehmen hätte,
- auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt und dem größten Teil der Wehrtechnik in der Bundesrepublik Deutschland eine überragende Stellung hätte und
- der unter maßgeblichen Einfluß der mit Abstand größten deutschen Bank steht.

**Zu 4.**

Nach Meinung gewichtiger Kritiker handelt es sich bei der angestrebten Beteiligung von Daimler an MBB um ein „Stück staatsmonopolistischen Kapitalismus". Andere Stimmen sehen sogar die Grundfesten unserer Demokratie bedroht und sprechen von einem „Verbrechen gegen die Marktwirtschaft". Angesichts solcher „Terrorakte" müssen sich alle Anteilseigner von MBB, insbesondere die Länder-Gesellschafter Bayern, Bremen und Hamburg, fragen lassen, wie sie ihre aktive Teilnahme daran rechtfertigen.

**Zu 5.**

Im Aufsichtsrat von MBB haben die Arbeitnehmer-/Gewerkschaftsvertreter zusammen mit den Vertretern der SPD-regierten Bundesländer Bremen und Hamburg die Mehrheit. Sie können deshalb im Aufsichtsrat einen Beschluß herbeiführen, der die Geschäftsführung auffordert, sämtliche Beteiligungsverhandlungen mit Daimler-Benz sofort abzubrechen, bzw. sofern der Vorstand sich weigert, jede Zustimmung zu einem Einstieg von Daimler verweigern. Danach könnte der Vorstand theoretisch die Gesellschafter zu einer Hauptversammlung einberufen, um die Entscheidung des Aufsichtsrats aufheben zu lassen. Dies wäre jedoch nur bei einer Dreiviertel-Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals möglich, also nicht gegen die Stimmen von Bremen und Hamburg, die über 28 Prozent des Gesellschafterkapitals bei MBB verfügen.



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333